

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

116 (21.5.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 250 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2,80, im Verlag abgeholt 2,50 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 8-spaltige Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Montag, den 21. Mai 1951

Nr. 116

Steuererhöhungen treffen Lebensnerv

Dr. Frank gegen Sonderumsatzsteuer
Ludwigsburg (ZSH). Vor dem Kreisgewerbetag der Arbeitgebervereine der Gewerbe- und Handelsvereine des Kreises Ludwigsburg bezeichnete der württemberg-badische Finanzminister Dr. Frank den gewerblichen Mittelstand als das verbindende Glied zu den anderen Berufsständen des deutschen Volkes. Er betonte, daß bei der Steuergesetzgebung an dem Grundsatz des Eigentums unverrückbar festgehalten werden müsse. Bei den Beratungen des Bundestages über die Steuergesetzgebung müsse beachtet werden, daß man an einem Punkt angelangt sei, an dem jeder Versuch, die Steuern zu erhöhen oder auszuweiten, an den Lebensnerv wichtiger Zweige unserer deutschen Wirtschaft rühre. Gegen den Plan einer Sonderumsatzsteuer erhob Finanzminister Dr. Frank starke Bedenken, da wertvolle Teile der einheimischen Wirtschaft durch eine solche Steuer großen Schaden erleiden würden. Vor allem würden solche Sondersteuern statt der notwendigen Vereinfachung der Verwaltung zu ihrer Ausweitung führen. Als größte Sorgen eines Finanzministers nennt Frank die untragbare Höhe der Besatzungskosten, den außergewöhnlichen Wiederaufbaubedarf, die finanziellen Folgen aus der „sozialen Hypothek“, wie die notwendige und berechnete Kriegsoptimierung und das Lohn-Preis-Problem. Das oberste Gesetz allen Finanzgebars müßte ein ausgeglichener Haushalt des Bundes, der Länder und Gemeinden sein. Die Finanzpolitik des Staates dürfe nicht einseitig die fiskalischen Interessen berücksichtigen, sondern müsse volkswirtschaftlich ausgerichtet sein. In der Kundgebung sprach außerdem Bundestagsabgeordneter Kohl (DVP Brackenheim), der den Einbau der Bedürftigkeit als tragendes Prinzip in die Restenversicherung forderte.

Saar-Minister gegen Rückgliederung

Wegen angeblicher wirtschaftlicher Nachteile Saarbrücken (UP). Der saarländische Wirtschaftsminister Roland sprach sich in einer Rundfunkrede nachdrücklich gegen eine Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland aus. Das Saarland sei wirtschaftlich eng mit Lothringen verbunden, eine Lösung aus dieser natürlichen Verbindung würde schwerste Schwierigkeiten für die Saarkommunikation mit sich bringen. Hinzu komme, daß die Bundesrepublik gar nicht in der Lage wäre, die Ernährung der Saarbevölkerung ohne Importe zu sichern. Darüber hinaus sei die fruchtbringende Lage des Gebietes zu bedenken. Sie würde bei einer Rückgliederung die Konkurrenzfähigkeit der Saarkommunikation im deutschen Raum schmälern. Schließlich dürfte die deutsche Konkurrenz die Industrie des Saarlandes in eine schwere Notlage bringen und eine hohe Arbeitslosigkeit verursachen. Niemand an der Saar könne eine solche Entwicklung wünschen. Deshalb müßten die wirtschaftlichen Lebensbedingungen vor den gefühlsmäßigen Bindungen an das deutsche Volkstum den Vorrang haben, trotz der Bestrebungen „gewisser Kreise“, die Saar wiederum von Lothringen zu lösen.

Größerer Optimismus in Paris

Ein „annehmbare“ Vorschlag Gromykos?
Paris (UP). Gromyko unterbreitete den Delegierten der Westmächte einen neuen Vorschlag zur Frage der deutschen Entmilitarisierung. Die ersten Anzeichen westlicher Reaktion deuten darauf hin, daß er möglicherweise angenommen wird. Gromyko schlug vor, die Frage der deutschen Entmilitarisierung unter den Punkten, „über die keine Übereinstimmung zu erreichen war“, zu streichen, sie aber dafür an zwei anderen Stellen einzufügen. Damit würde das Problem der deutschen Entmilitarisierung an einer der ersten Stellen der Tagesordnung für die vorgesehene Konferenz des Außenministerrates stehen und ein Wunsch der Sowjets erfüllt. Zum zweiten würde diese Frage unter dem Punkt „allgemeine Aufrüstungsprobleme“ erscheinen, womit einer Forderung der Westmächte Genüge getan wäre.
Sollten die westlichen Delegierten Gromykos neuen Vorschlag billigen, hätte man eines der größten Hindernisse für die Festsetzung der Tagesordnung und eine Zusammenkunft der Außenminister beseitigt. Einige Punkte der zu entwerfenden Tagesordnung bedürften jedoch noch der Klärung und Überinkunft. Trotzdem scheinen die Außenminister-Stellvertreter optimistischer als je zu sein.
Frankreichs Rüstungsbudget
Mit 414 gegen 177 Stimmen billigte die französische Nationalversammlung innerhalb der Debatte über das seit langem fällige Budget die veranschlagten Verteidigungsausgaben in Höhe von 740 Milliarden Francs (883 Millionen DM). Verteidigungsausgaben in dieser Höhe waren bisher noch niemals in einem französischen Budget vorgesehen.

Der frühere Landwirtschaftsminister Dr. Hermes ist in New York eingetroffen. Er ist Leiter einer deutschen Delegation, die am 26. Mai in Mexiko beginnenden Konferenz des Internationalen Landwirtschaftlichen Produzentenverbandes teilnehmen wird.

Volkstimmung am 16. September

Entscheidung des Bundespräsidenten - Schluß mit der Entnazifizierung

Bonn (ZSH). Bundespräsident Dr. Lehn besprach in Anwesenheit von Staatssekretär Ritter von Lex mit Vertretern Württemberg-Badens, Württemberg-Hohenzollerns und Badens den zweckmäßigsten Termin für die Durchführung der vom Bundestag beschlossenen Volkstimmung über eine Neugliederung der südwestdeutschen Länder. Da die Monate Juli und August wegen der Getreide- und Heuernte nicht in Betracht kommen und eine Abstimmung zu einem früheren Zeitpunkt nicht mehr ausreichend vorbereitet werden kann, einigte man sich auf den 16. September, der nach dem Gesetz der letztmögliche Tag für die Volkstimmung ist.

Die Bundesregierung hat den Ländern empfohlen, sich die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses über den Abschluß der Entnazifizierung „angelegen sein zu lassen“, teilte Bundeskanzler Dr. Adenauer dem Bundestag mit. Nach dem genannten Beschluß des Bundestages sollen dabei folgende Punkte berücksichtigt werden: Die Freizügigkeitsbeschränkungen sollen für alle Entnazifizierungsgruppen wegfallen. Die Berufs- und Tätigkeitsbeschränkungen sollen beendet werden, außer für die Gruppen I und II hinsichtlich der Ausübung des Berufs eines Lehrers, Predigers, Redakteurs, Rundfunkkommentators oder der Bekleidung eines Amtes in der Polizei, im auswärtigen bzw. höheren öffentlichen Dienst. Die Beschränkungen des aktiven und passiven Wahlrechtes sollen fallen, mit Ausnahme der Beschränkungen des passiven Wahlrechtes für die Gruppen I und II. Ferner wird den Ländern empfohlen, bei Verurteilung zu Arbeitslagern weitgehend von dem Recht der Begnadigung Gebrauch zu machen. Die „Periode der schematischen Bewertung ganzer Personengruppen wegen ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen oder Einrichtungen der nationalsozialistischen Herrschaft“ soll beendet werden.

Symbol für Montanunion

Die Schaffung eines gemeinsamen Symbols für die Montan-Union ist vom Interims-Ausschuß der Schumanplan-Länder erwogen worden, als er sich in Unkel bei Bonn mit den Möglichkeiten einer weiteren Förderung der Schumanplan-Idee beschäftigte. Staatssekretär Hallstein berichtete in diesem Zusammenhang, es sei von einzelnen Delegationen ein internationaler Wettbewerb für dieses Symbol angeregt worden; so sei beispielsweise der Entwurf einer Schumanplan-Briefmarke vorgeschlagen und auch eine Ringseidung der

Rundfunkstationen der Montan-Länder mit einer europäischen Diskussion zum Schumanplan erörtert worden.

Der Vertrag über die Montan-Union wird noch in dieser Woche dem Bundeskabinet zugeteilt, um dann dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt zu werden. Der Interimsausschuß hat nach Mitteilung von Hallstein keinen endgültigen Beschluß über den Sitz der Hohen Behörde und der anderen Organisationen der Montan-Union gefaßt, sondern eine Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Der Vorschlag für die Bildung eines sogenannten europäischen Territoriums wurde einem Juristen-Ausschuß zur Prüfung überwiesen.

Bei der Behandlung der Frage des Sitzes der Unions-Organisationen ergab sich das verfassungsrechtliche Problem, ob die einzelnen Institutionen alle an einem Ort oder dezentralisiert an verschiedenen Plätzen untergebracht werden sollten.

Westdeutschland muß auch im dritten Quartal dieses Jahres 6,3 Millionen Tonnen Kohle exportieren, wurde vom Rat der Internationalen Ruhrbehörde gegen die Stimmen der deutschen Vertretung beschlossen. Von deutscher Seite waren ursprünglich 3,1 und dann 5,7 Millionen Tonnen als höchstmögliche Lieferungen für den Export bezeichnet worden.

Adenauer - Schumacher

Der sozialdemokratische Oppositionsführer Dr. Schumacher bestätigte in einem neuen Schreiben an den Bundeskanzler seine Bereitschaft zu einer Aussprache. Darin schlägt er als möglichen Termin die zweite Hälfte dieser Woche vor.
General Eisenhower wird am 21. Mai auf dem Rückweg von Kopenhagen britische und dänische Truppen in Schleswig-Holstein besichtigen.

Am Samstag - dem „Tag der Armee“ - paradieren die amerikanischen Truppeneinheiten in Berlin, Frankfurt a. M., Augsburg, Bremerhaven, Heidelberg, Nürnberg, Weizlar, Würzburg und anderen Städten der amerikanischen Besatzungszone vor alliierten und deutschen Zuschauern. Die Parade in Berlin wurde von Hochkommissar J. MacCloy und dem Oberkommandierenden der amerikanischen Europa-Truppen, General Handy, abgenommen.

Die dänische Regierung beabsichtigt, in Bonn eine Botschaft zu errichten; die Bundesregierung wird ihrerseits einen Botschafter nach Kopenhagen entsenden.

Adenauer nach London eingeladen

Ausgedehnte Gespräche mit Morrison - England verzichtet auf Ruhrbehörde

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer ist vom britischen Außenminister Morrison zu einem Besuch nach London eingeladen worden, um dort die Aussprachen über bedeutsame politische Probleme fortsetzen zu können. Der Kanzler hat die Einladung angenommen. Ein Termin hierfür steht allerdings noch nicht fest.

Die Einladung wurde dem Bundeskanzler im Verlauf einer über zweistündigen Unterredung mit dem britischen Außenminister übermittelt, die am Samstag im Bonner Bundeskanzlerpalais stattfand. Bei der gleichen Gelegenheit soll Morrison Dr. Adenauer zu verstehen gegeben haben, daß Großbritannien gegen die Auflösung der Ruhrbehörde keine grundsätzlichen Einwendungen erheben werde, wenn die Funktionen dieser Institution von der Hohen Behörde des Schumanplans übernommen würden.

Einzelheiten über den Inhalt der Besprechungen wurden nicht bekannt. Man nimmt in Bonn jedoch an, daß unter anderem die britische Einstellung zum Schumanplan, die Möglichkeiten eines aktiven deutschen Verteidigungsbeitrages und die deutsch-englischen Handelsbeziehungen bzw. die deutschen Bestrebungen, den Handel mit dem Sterlingblock zu intensivieren, von den beiden Staatsmännern besprochen worden sind.

Im Anschluß an die Besprechungen mit Adenauer fand ein Mittagessen auf Schloss Röttgen bei Köln, dem Sitz des britischen Hohen Kommissars, statt, an dem neben Morrison und Adenauer auch Vizekanzler Blücher teilnahm. Die politischen Gespräche wurden bei dieser Gelegenheit fortgesetzt.

Am späten Nachmittag traf der britische Außenminister mit Funktionären des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen, um sich über das deutsche Gewerkschaftsleben zu informieren. Dabei wurde u. a. auch der Schumanplan erörtert. Die DGB-Vertreter wiesen auf die Notwendigkeit hin, alle Diskriminierungen und Beschränkungen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere für die Kohle- und Stahlwirtschaft fallen zu lassen, um die im Schumanplan proklamierte Gleichberechtigung auch für die Bundesrepublik zu verwirklichen. Sie forderten ferner die Auflösung der internationalen Ruhrbehörde und setzten sich für eine echte Neuordnung in der

Kohlen- und Stahlwirtschaft im Sinne des Gesetzes Nr. 27 ein. Bei einer weiteren Verzögerung der Neuordnung könnten sonst nach Ansicht des DGB wiederum diejenigen Konzernkreise in Machtpositionen kommen, deren erneute Einflußnahme gerade durch Gesetz 27 verhindert werden sollte.

Morrison empfangt SPD-Führer

Dr. Kurt Schumacher wird gemeinsam mit Erich Ollenhauer und Carlo Schmid dem britischen Außenminister am Montag die Auffassung der SPD zum Schumanplan vorbringen. Ihre Unterredung, die einem Besuch Morrisons bei Bundespräsident Heuss am Montagvormittag folgt, wird ferner vermutlich die gleichen Fragen streifen, die schon mit dem Bundeskanzler erörtert worden sind. Es darf angenommen werden, daß die SPD-Vertreter darüber hinaus auch wirtschaftliche und soziale Probleme diskutieren wollen.

Kein Frieden mit Israel

Araberliga trifft „Verteidigungsmaßnahmen“
Damaskus (UP). Der syrische Ministerpräsident Khaled Azem erklärte auf einer Pressekonferenz, ein Friedensvertrag zwischen Syrien und Israel könne weder erörtert noch abgeschlossen werden. Der ägyptische Außenminister Salah ed Din Pascha fügte hinzu, Ägypten sei stets bereit, Syrien im Fall einer israelischen „Aggression“ beizustehen.

Die Arabische Liga empfahl in einer Resolution die schnelle Ratifizierung des kollektiven Sicherheitspaktes der arabischen Länder. Die Arabische Liga hat alle Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Generalstabsebene zu einer gemeinsamen Konferenz zu entscheiden, bei der über „die notwendigen Verteidigungspläne“ beraten werden soll.

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums teilte mit, daß Israel die Entwässerungsarbeiten im Gebiet des Huleh-Sees weiter fortführen werde, obwohl die UN die Anweisung erteilt haben, die Arbeiten vorläufig einzustellen.

Oslo wird Hauptquartier der atlantischen Streitkräfte in Nord-Europa unter dem Oberbefehl von Sir Patrick Brind. Ein Nebenquartier werde in Kopenhagen aufgebaut.

Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Der Reichstag der Weimarer Republik hatte seinerzeit ein probat erscheinendes Verfahren entwickelt, um die verschiedenartigen Interessen der Regierungsparteien gegeneinander auszugleichen: das sogenannte „Junctim“. Darunter verstand man die Verkopplung zweier oder mehrerer Gesetze beim Abstimmungsakt, die an sich gar nichts miteinander zu tun hatten. Auf diese Weise sollte die Zustimmung einer Regierungspartei - manchmal sogar auch einer Oppositionspartei - zu einem Gesetz sichergestellt werden, das sonst deren Ablehnung gefunden hätte. Ein Beispiel: Wenn die weinbaufreundlich eingestellten bürgerlichen Parteien zu einem Handelsvertrag - wie z. B. seinerzeit zu dem deutsch-spanischen - die Zustimmung der SPD benötigten, so verlangten diese ein „Junctim“ mit einem sozialpolitischen Gesetz, für das sie sonst eine Unterstützung bürgerlicher Parteien nicht gefunden hätte. Beide Gesetze wurden dann verknüpft zur Abstimmung gestellt und angenommen.

Es scheint, als ob dieses Junctim-Verfahren jetzt im Kampf der Bundesregierung um die Durchsetzung ihres Beschlusses um die Sonderumsatzsteuer eine „fröhliche Urständ“ erleben könnte. Wie verlautet, beabsichtigt nämlich die Regierung, das Gesetz über die Sonderumsatzsteuer so mit den Sozialgesetzen, die aus dem Aufkommen der Sonderumsatzsteuer finanziert werden sollen, zu verknüpfen, daß der Bundestag nur die Wahl hätte, beide anzunehmen oder abzulehnen. Man hofft auf diese Weise, entweder die Regierungskoalition fest zusammenzuzwingen oder aber - wie beim Gesetz über die Mitbestimmung - etwa ausbrechende Teile der FDP oder CDU durch die Zustimmung der SPD und des Zentrums zu erzwingen.

Diese Taktik des Junctims wird vermutlich dadurch erschwert werden, daß sowohl Zentrum wie SPD die Forderung nach einer Offenlegung der Handlungsspannen, die auf Vorschlag von Dr. Erhard vom Kabinet abgelehnt wurde, aufrechterhalten werden. Das parlamentarische Schicksal der Sonderumsatzsteuer ist dadurch mehr als ungewiß. Es verstärkt sich sogar nach dem Beschluß der CDU der Eindruck, als ob die Sonderumsatzsteuer überhaupt fallen und die Bundesfinanzminister auf eine weitere Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer auf 4,5 v. H. verwiesen wird.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe verlegt wurde, neigt man in Bonn immer mehr dazu, die enttäuschten Berliner durch die Errichtung des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen in der ehemaligen Reichshauptstadt zu entschädigen. Man ist sich darüber im klaren, daß diese Absicht ausschließlich von politisch-repräsentativen Gesichtspunkten bestimmt wird, um Berlin stärker als bisher mit dem Leben im westlichen Bundesgebiet zu verbinden. Sachlich gibt es jedoch kaum eine Begründung für eine Verlegung nach Berlin.

Der Aufsichtsauftrag über das Versicherungs- und Bausparwesen kann nur dann wirkungsvoll durchgeführt werden, wenn die zahlreichen Fachverbände und die Hunderte von Unternehmen in ständiger, direktem Kontakt mit der Aufsichtsbehörde stehen können. Außerdem muß die Millionenzahl von Versicherungsnehmern jederzeit die Möglichkeit haben, sich anfragend oder beschwerdeführend an die Aufsicht wenden zu können. 90 % der vereinnahmten Prämien werden aus dem westlichen Bundesgebiet gewonnen und der größte Teil der ehemals in Berlin ansässig gewesenen Hauptverwaltungen hat aus diesem Grund seinen Sitz nach dem Westen verlegt, um in der Nähe ihres Versicherungsbestandes wirken zu können. Die gleiche Notwendigkeit, auch räumlich in der Nähe des tatsächlichen wirtschaftlichen Geschehens zu stehen, ergibt sich auch für die Aufsichtsbehörde. Eine Verlegung nach Berlin müßte zwangsläufig den Geschäftsgang erschweren, verzögern und durch außerordentliche Unkosten belasten.

Der günstige Verlauf der Herbstbestellung 1950, gute Schneelage im Winter und hohe Winterfeuchtigkeit haben zu einem ausgezeichneten Saatstand in Westdeutschland geführt. Die Auswinterungsschäden des vergangenen Winters sind von den Statistiken Ämtern als besonders niedrig festgestellt worden. Sie betragen beim Brotgetreide im Bundesgebiet durchschnittlich nur 0,08 v. H. der Herbstsaataaten. Die Vergleichsziffer für 1949/50 betrug dagegen 2 v. H. Bei Futtergetreide liegen ähnlich günstige Ziffern vor. Von einer Gesamtsaatfläche von 2,3 Mill. ha sind nur 18 000 ha durch Auswinterung zerstört. Da bislang auch die Frühjahrswitterung - „ist der Mai kühl und naß, fällt's dem Bauern Scheun' und Faß“ - günstig verlaufen

ist, sind die Aussichten auf eine gute Getreide-ernte bislang auch in diesem Jahre günstig.

Dies ist um deswillen wichtig, weil infolge der starken Verfütterung des Brotgetreides im laufenden Getreidewirtschaftsjahr nur sehr knappe Übergangsbestände für das kommende Jahr 1951/52 übrig bleiben werden.

Italien will bedingungslosen Frieden

Parolen für die Kommunalwahlen Rom (UP). Der italienische Außenminister Graf Sforza verlangte in einer Versammlung der republikanischen Partei, die drei Westmächte sollten den Friedensvertrag mit Italien gemeinsam annullieren.

Am Samstag feierte Victor Emanuel Orlando, einer der größten lebenden Italiener, seinen 91. Geburtstag.

Der französische Jesuit Julien Maunoir, der vierzig Jahre lang unter der Küsten- und Inselbevölkerung der Bretagne lebte und predigte, wurde im Petersdom in Anwesenheit von 45 000 Gläubigen seliggesprochen.

Wirtschafts-Nachrichten

Schäffer verteidigt seine Sondersteuer

Eine Denkschrift des Bundesfinanzministers Die Sonderumsatzsteuer beruht auf dem sozialsten System, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen.

Schäffer meint, die Sonderumsatzsteuer "schone" den notwendigen Lebensunterhalt der breiten Masse.

Erhard kündigt Preisrückgänge an

Bundeswirtschaftsminister Erhard kündigte an, daß die Liberalisierung des Außenhandels bis Ende dieses Jahres wieder voll möglich werde.

Butter wird wieder eingelagert

Der in den Monaten der größeren Milchherzeugung anfallende Butterüberschuß werde im Rahmen des Vorratsprogrammes der Bundesregierung eingelagert.

Dr. Schumacher schießt scharf

Gegen die „Käsekrämerpolitik“ der Regierung - Polemik gegen Schumanplan

Frankfurt a. M. (UP). Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher wiederholte auf einer Presskonferenz in Frankfurt seine Angriffe gegen die Deutschlandpolitik der Alliierten.

Schumacher erklärte, die alliierte Ruhrpolitik sei noch tausendmal schlimmer als das Verhalten der Alliierten in der Saarfrage.

Auf den Brief des Bundeskanzlers eingehend, der Dr. Schumacher zu einer Besprechung einlud, sagte der SPD-Führer, der Kanzler habe darin seinen Wunsch nach einer Milderung der Schärfe der Diskussion um den Schumanplan ausgedrückt.

Auf einer SPD-Versammlung in Offenbach behauptete Dr. Schumacher: „Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist der kapitalistische Naturschutzpark des 18. Jahrhunderts.“

USA wollten in Oelkonflikt vermitteln

Sonst Schwierigkeiten für ein Uebereinkommen

Washington (UP). Die USA forderten die Regierung Großbritanniens auf, mit dem Iran Verhandlungen über die Belagerung des Ölfelds aufzunehmen.

Als erste Reaktion auf die jüngste britische Note an die iranische Regierung wurde in Teheran Regierungskreisen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die USA eine friedliche Regelung zwischen den beiden Staaten im Ölfeldkonflikt vermitteln werden.

Die iranische Nationale Front, die die Nationalisierungsforderung ursprünglich gestellt hatte, gab eine Erklärung heraus, daß Iran bereit sei, Verhandlungen mit britischen Vertretern aufzunehmen.

Im Gegensatz zu Äußerungen aus Teheran Regierungskreisen beschuldigte ein führender Politiker des Iran die USA der „ungerechtfertigten Einmischung“ in innere Angelegenheiten des Landes.

Chinesen in Ostkorea im Vormarsch

Gegenangriffe der Alliierten im Westen - Indien und Pakistan sollen Truppen schicken

Tokio (UP). Nach einer fast 24stündigen Atempause haben die chinesischen Divisionen am Sonntag an der östlichen Mittelfront erneut starke Angriffe gegen die Stellungen der UN-Truppen vorgetragen.

Am fünften Tag der bisher größten Offensive der Chinesen haben diese am Sonntag in wilden Angriffen versucht, die Stellungen der 2. amerikanischen Infanterie-Division, die durch französische und holländische Einheiten verstärkt wurde, zu durchbrechen.

Berliner SPD für Schumanplan?

Berlin (UP). Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD kam es zu Meinungsverschiedenheiten um den Schumanplan.

Im Gegensatz dazu bezogen u. a. der Senator für das Sozialwesen, Otto Bach, und der frühere Leiter der Magistratsabteilung Wirtschaft, Gustav Klingelböfer, Stellung für den Schuman-Plan.

Zu den „Internationalen Filmfestspielen“, die vom 6. bis 17. Juni in Westberlin stattfinden, haben nach einer Mitteilung des Senats bisher neunzehn Nationen ihre Teilnahme zugesichert.

Weder Adenauer noch Jakob Kaiser noch die westlichen Besatzungsmächte könnten hunderttausend westdeutsche Jungen und Mädchen daran hindern, an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Ostberlin teilzunehmen.

1133 deutsche „Umsiedler aus der Sowjetunion“, wobei es sich hauptsächlich um Einwohner von Königsberg in Ostpreußen handelt, sind im Lager Fürstenwalde/Spree eingetroffen.

US-Admiral warnt vor Krieg Neue Atomwaffen einsatzbereit - Ernste Appell Trumans

Washington (UP). Admiral Forest Sherman, Leiter der Operationsabteilung der US-Marine, erklärte in einer Ansprache, die USA müßten die Möglichkeit eines Krieges ins Auge fassen.

Generalleutnant John Hull, Abteilungsleiter der amerikanischen Heeresverwaltung, erklärte, die artilleerischen Atomwaffen seien soweit entwickelt worden, daß sie jetzt auf dem Schlachtfeld angewendet werden können.

Präsident Truman forderte das amerikanische Volk auf, alle kleinlichen Streitigkeiten zu vergessen.

In einer Note an die sowjetische Regierung haben die USA deren Vorschlag zurückgewiesen, die Außenminister der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und des kommunistischen China zu einer Konferenz über den Friedensvertrag mit Japan einzuberufen.

In Ostberlin, wo ja ebenfalls Deutsche leben, gibt es beispielsweise rund 20 000 Hausvertrauensleute, fast alle der SED angehörend, die in regelmäßigen Abständen Berichte über die politische Einstellung der von ihnen „betreuten“ Hausbewohner an ihre Funktionäre weiterleiten.

Um den Weg nach dem Han-Fluß zu öffnen, griffen chinesische und nordkoreanische Truppen am Sonntag mit ungewöhnlicher Heftigkeit an.

Soil die Zahl der chinesischen Verwundeten sein. Um den Weg nach dem Han-Fluß zu öffnen, griffen chinesische und nordkoreanische Truppen am Sonntag mit ungewöhnlicher Heftigkeit an.

Aus einem zensierten Bericht von der östlichen Mittelfront ist zu entnehmen, daß zahlenmäßig starke chinesische Einheiten in Ostkorea nach Süden marschieren.

London (UP). Der britische Kriegsminister Strachey erklärte, ein allgemeiner Krieg mit China könne vielleicht nicht verhindert werden.

dieser Einheiten gegeben, doch wird darauf hingewiesen, daß die chinesische Offensive „als die bisher größte“ gilt.

Um den ungeheuren Druck der kommunistischen Massen auf den östlichen Mittelabschnitt etwas zu erleichtern, sind alliierte Panzertruppen aus stark befestigten Stellungen an der Mittelfront etwa 10 Kilometer nach Norden vorgestoßen.

Südkoreaner verurteilt

Ein südkoreanisches Kriegsgericht verurteilte 6 Offiziere der 8. südkoreanischen Division zur Dienstentlassung und Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren.

Die USA haben Indien und Pakistan empfohlen, eine „größere Anzahl“ von Truppen zur Unterstützung der Streitkräfte der UN nach Korea zu entsenden.

London (UP). Der britische Kriegsminister Strachey erklärte, ein allgemeiner Krieg mit China könne vielleicht nicht verhindert werden.

Britischer Kriegsminister pessimistisch

Hongkong soll unbedingt gehalten werden

London (UP). Der britische Kriegsminister Strachey erklärte, ein allgemeiner Krieg mit China könne vielleicht nicht verhindert werden.

Sir Oliver Franks, der Botschafter Großbritanniens in Washington, sagte, Großbritannien sei entschlossen, die Kronkolonie Hongkong zu halten.

Erste Auswirkung des Embargos Bewaffnete Polizei ging an Bord des unter der Flagge von Panama fahrenden Frachters „Norbay“ und ordnete an, daß das Schiff, das eine für China bestimmte Gummladung im Wert von 2 Millionen Dollar an Bord hat, seinen Liegeplatz nicht verlassen darf.

Ein anderes System Jene Zeit liegt noch nicht allzu weit zurück, in der man in Deutschland fast jedes politische Wort auf die „Goldwaage“ legen mußte.

AM RANDE BEMERKT

Ein anderes System

Jene Zeit liegt noch nicht allzu weit zurück, in der man in Deutschland fast jedes politische Wort auf die „Goldwaage“ legen mußte.

In Ostberlin, wo ja ebenfalls Deutsche leben, gibt es beispielsweise rund 20 000 Hausvertrauensleute, fast alle der SED angehörend, die in regelmäßigen Abständen Berichte über die politische Einstellung der von ihnen „betreuten“ Hausbewohner an ihre Funktionäre weiterleiten.

Aus der Stadt Ettlingen

An Fenstern und Balkonen
sollten jetzt die Blumenkästen aufgestellt werden, damit Ettlingen bei den Tagungen und Festen der Sommermonate ein besonders freundliches Gesicht zeigt.

Der Sommerfahrplan der Albtalbahn
ist in vergrößertem Umfang mit blauem Umschlag soeben erschienen. Er enthält die bekannten Bahn- und Kraftomnibuslinien der DEBG, die jetzt auch Spielberg und Auerbach mit Ettlingen verbinden.

Zu dem Bericht in der EZ vom 15. Mai schreibt der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Karlsruhe der Industrie-Gewerkschaft „Textil und Bekleidung“:

In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde beim ersten Albtalbahnübergang in Richtung Albtal bei der Spinnerei ein Motorradfahrer schwer verletzt. Dem Motorradfahrer wurde eine Blutprobe genommen.

Bereins-Nachrichten

Kolpingfamilie

Heute Montag 19.30 Uhr Treffpunkt am Thiebauhofplatz für die Teilnehmer an der Versammlung in der Spinnerei.

Gesangverein „Sängerkranz“ Spinnerei

Die Vereinsleitung bittet die Jungmänner, Mädchen und Frauen von der Spinnerei, die sich von zu Hause freimachen können, sich ab Dienstagabend 19 Uhr in der Werkkantine zur Gemeinschaftsarbeit einzufinden.

1952 Stiftungsfest der „Liedertafel“

Nach dem erfolgreichen Konzert erwarten den Verein neue, große Aufgaben. Zu diesem hat der Vorstand sämtliche Sänger und passive Mitglieder zu einer Hauptversammlung auf Dienstag, 15. Mai, ins Vereinslokal einberufen.

Für die Frauen ist die nächste Singstunde heute abend pünktlich, 20 Uhr im Vereinslokal, die Männer am Dienstag, 22. Mai, pünktlich 20 Uhr. Der Verein beteiligt sich am Samstag, 2. Juni, am Festbankett des MG „Sängerkranz“ Spinnerei anlässlich des 100-jährigen Stiftungsfestes mit seinem Männerchor und seinem angeschlossenen Frauenchor.

Wieder Radfahrer-Solidarität

Aus Mörchi, Forchheim und anderen Landorten waren gestern die Ortsgruppen des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“ und zahlreichen Mitgliedern nach Ettlingen gekommen, um für die wiedererstandene Ortsgruppe zu werben.

Auch bei der Veranstaltung in der Markthalle waren die Besucher sehr zahlreich erschienen. Der Ettlinger Vorsitzende Emil Jäger sprach über den Zweck dieses Nachmittags und Bezirksvorsitzender Zäpfel vom Bezirk III der „Solidarität“ nannte die Leistungen des Vereins für seine Mitglieder.

Das sportliche Programm war sehr reichhaltig. Besonderen Beifall fanden die Radball- und die Radpolospiele. Erstaunliche künstlerische Leistungen waren bei den Kunstfahrvorführungen zu sehen.

Betriebsversammlung in der Spinnerei

Zu dem Bericht in der EZ vom 15. Mai schreibt der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Karlsruhe der Industrie-Gewerkschaft „Textil und Bekleidung“:

Ich bin politisch neutral. — Radikalisieren liegt mir nicht!

Auf Wunsch — ich betone ausdrücklich auf Wunsch — habe ich auf den beiden Mitgliederversammlungen im Albtal und auf der Betriebsversammlung am 9. Mai 1951 über die Rechte und Pflichten des Betriebsrates gesprochen.

Ich habe unsere Kolleginnen und Kollegen darüber aufgeklärt, daß jeder mit Lust und Liebe an seinem Arbeitsplatz gehen kann, wenn die sozialen Bedingungen den Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter angepaßt sind.

Der Satz, daß Hölzer gefordert habe, die Firma könne mit ihren Arbeitnehmern selbst erhöhte Löhne festlegen, entspricht nicht der Wahrheit. Hölzer hat sowohl in seinem ersten Referat wie auch in seinen folgenden Ausführungen nur von Überbrückungsbeiträgen gesprochen (siehe Protokoll).

Der Aufforderung, daß der Betriebsrat von seinem Hausrecht Gebrauch machen solle, konnte in dieser Versammlung keinestfalls Folge geleistet werden, nachdem in drei Albtalversammlungen sich für ein Referat von Hölzer bei der Betriebsversammlung ausgesprochen hatte.

Direkt wurde der Betriebsrat durch Hölzer nicht beleidigt. Wohl läßt sich eine indirekte Beleidigung dadurch herleiten, daß Hölzer ausföhrt, wie es in einem Betrieb aussehen müsse, bei dem der Betriebsrat seine Arbeit 100%ig leistet.

Dieses Protokoll wurde von neun Mitgliedern des Betriebsrates namentlich unterzeichnet. Ich selbst betone, daß es mir ferngelegen hat, den Betriebsrat zu beleidigen, sondern daß das von mir Ausgeführte nur die Feststellung einer Tatsache war.

Der Zugverkehr an Fronleichnam

An Fronleichnam (24. Mai) verkehren im Bezirk der Eisenbahndirektion Stuttgart die Züge südöstlich der Linie Mühlacker-Breiten-Eppingen - Heilbronn - Osterburken - Lauda-Würzburg wie an Werktagen.

Werbung im Dienste der Wirtschaft

Bei der Eröffnung des „Reklamekongresses Hamburg 1951“ sprach Bundeswirtschaftsminister Erhard über das Thema „Werbung im Dienste der Volkswirtschaft“.



Dr. Ludwig Hirsch, Geologe

Neue Forschungsergebnisse zur Geologie des Rheintalgrabens

(Ergebnisse der Wasser- und Ölbohrungen)
Aula des Realgymnasiums
22. Mai, 20 Uhr Dienstag

In Verbindung mit diesem Vortrag, bei dem auch die z.Zt. stattfindenden Ölbohrungen behandelt werden, findet am Samstag 15 Uhr eine Exkursion statt (bei genügender Beteiligung mit Omnibus).

til und Bekleidung allein 54% an die Angehörigen der Spinnerei ausbezahlt werden mußten; und das bei einem etwa 4000 Mitglieder zählenden Stand der Verwaltungsstelle Karlsruhe?

Ich weise die mir unterstellten beleidigenden Äußerungen, die ich über oder gegen jemand getan hätte, mit Entschiedenheit zurück. Ich persönlich stehe für jedes Wort, das ich gesprochen habe, ein.

In der am 18. Mai stattgefundenen Sitzung des Betriebsrates wurde zu dem am 15. Mai erschienenen Artikel in der Ettlinger Zeitung, „Betriebsversammlung der Spinnerei“, folgende Stellung genommen:

In dem Artikel wird gesagt, daß ein Teil der Versammelten glaube, seine Arbeitszeit opfern zu müssen. Es muß dazu festgestellt werden, daß bei der Abstimmung, ob die Versammlung auf eigene Kosten weitergehen solle, der überwiegende Teil der Belegschaft zustimmte.

Der Aufsichtsrat wurde durch Hölzer nicht beleidigt. Wohl läßt sich eine indirekte Beleidigung dadurch herleiten, daß Hölzer ausföhrt, wie es in einem Betrieb aussehen müsse, bei dem der Betriebsrat seine Arbeit 100%ig leistet.

Dieses Protokoll wurde von neun Mitgliedern des Betriebsrates namentlich unterzeichnet. Ich selbst betone, daß es mir ferngelegen hat, den Betriebsrat zu beleidigen, sondern daß das von mir Ausgeführte nur die Feststellung einer Tatsache war.

Aus dem Albgau

Busenbach

Tragischer Tod Willi Beckers

Busenbach. Am Samstagnachmittag wurde der durch einen tragischen Unfall ums Leben gekommene 22-jährige kaufmännische Angestellte Willi Becker unter zahlreicher Beteiligung von hier und auswärts zur letzten Ruhe bestattet.

Der durch einen Unfall in der Ewigkeit abgerufen wird. Kaum 1/4 Jahre sind es her, daß innerhalb vier Wochen zwei junge Menschen durch Unfall und Herzschlag den Tod fanden. Und so bewegte sich auch am Samstag ein unübersehbarer Leichenzug durch die Hauptstraße zum nahen Friedhof.

Aus Etenrot

Ausflug des Turn- und Sportvereins

Etenrot. Drei Omnibusse der Albtalbahn starteten in der Frühe des Pfingstmontag mit 110 Vereinsmitgliedern, Angehörigen und Freunden. Zwar erfolgte der Start im Regen, aber schon auf der Strecke Herrenalb-Gernsbach zeigte sich der Wettergott von einer freundlicheren Seite.

In Forbach eingelegt und das Kraftwerk beichtigt. Als man um die Mittagszeit in Oberal bei Biersbronn anlangte, hatten die frische Luft und der bunte Wechsel landschaftlicher Schönheiten einen Hunger erzeugt dem auch die sorgsam mitgenommenen Vesperbrote nicht abhelfen konnten.

Straße muß verbreitert werden

Etenrot. In öffentlicher Sitzung beriet der Gemeinderat über den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1951. Der Etat, in dem u. a. Kosten für eine neue Einfriedigung des Friedhofs sowie eine Rücklage für die dringend notwendig werdende Verbesserung der Wasserversorgung vorgesehen sind, konnte schließlich als ausgeglichen von den Gemeinderäten verabschiedet werden.

Auch ein anderes Wegeproblem, mit dem man sich bereits in der Bürgerversammlung vom 28. April befaßt hatte, wurde noch einmal aufgegriffen: es betraf den zum Steinbruch führenden Feldweg.

Als Ergebnis der letzten Volkszählung wurde für Etenrot eine Zahl von 944 Einwohnern festgestellt, aber bei weitem nicht alle werden in den Genuß des Bürgernutzens kommen, der für 1951 auf 2 Ster Holz im Wert von 18 DM festgesetzt wurde.

Nach Genehmigung eines Gesuches um Wohnungsausbau wurde noch über die Anträge von zwei Hilfsorganisationen um Unterstützungszahlungen beraten, die mit Rücksicht auf die angespannte finanzielle Lage der Gemeinde abgelehnt werden mußten.

Reichenbach

Reichenbach. Der vor einiger Zeit verschobene Vortrag von Regierungsrat Dr. Scherz über „Nachbarrecht, Familienrecht, Erbrecht“ findet nun am Dienstag, 22. Mai, um 20.30 Uhr in der „Linde“ statt.

Meldung aus Schielberg

Der Friedhof wird erweitert

Schielberg. Nachdem die Gemeindeverwaltung mit den angrenzenden Grundstückseigentümern eine Einigung erzielen konnte, war es möglich, mit den Arbeiten zur Friedhoferweiterung vor kurzem zu beginnen.

Altlanmwirt Franz Walzer hat seine Wirtshaft zum „Lamm“ seinem Sohn übergeben. Aus diesem Anlaß hat der neue Besitzer Anton Walzer zur feierlichen Übernahme am 30. April eingeladen.

Tod fanden. Auch der Muttertag wurde hier feierlich begangen. Die Gräber der Verstorbenen waren von den Angehörigen mit Blumen und frischem Grün prächtig geschmückt, während die Mütter zu Hause von ihren Angehörigen geehrt und beschenkt wurden.

Bericht aus Spielberg

Öffentliche Gemeinderatsitzung

Spielberg. Am Freitag, 18. Mai, wurde vom Gemeinderat zu einer öffentlichen Gemeinderatsitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung stand die Genehmigung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1951/52. Die Einnahmen und Ausgaben belaufen sich im ordentlichen Haushalt auf 161 074 DM.

Nach längeren Erläuterungen durch den Bürgermeister und den Gemeindevorstand wurde der Haushaltsplan in der vorgelegten Form einstimmig angenommen. Von einem Gemeinderat wurde betont, daß die eingesetzten Einnahmeposten nun auch wirklich eingehalten werden müssen.

Bericht aus Speffart

Speffart. Am Montag, 14. Mai, wurde Frau Anna Axtmann, geb. Abend, 71 Jahre alt. Beim Einmarsch 1945 wurde Frau Axtmann während des Artilleriebeschusses schwer verletzt und von den Franzosen in ein Lazarett im Murgtal verbracht.

Speffart. Die Fußball-Schülermannschaft spielte am Sonntag gegen eine Schülermannschaft in Ettlingenweier. Das schöne Spiel konnten die Speffarter mit 3:0 gewinnen, nachdem sie schon am Pfingstmontag das Vorspiel auf unserm Platz mit 5:0 gewonnen hatten.

Schöllbrunn

Straßenbau hat begonnen

Schöllbrunn. Bei der Linde wurde heute früh mit dem Bau der Straße Schöllbrunn-Schluttenbach begonnen. Eine Karlsruher Firma hat Notstandsarbeiter von hier und von Schluttenbach für diese Arbeiten eingestellt.

„Rheingold“ schön wie einst



Die letzten Handgriffe werden in den „Rheingold“-Wagen gemacht

„Rheingold-Expreß“ — das war einst der Inbegriff modernen und bequemen Reisens. Diesen Zug, der auf der traditionsreichen Strecke Hoek van Holland-Basel fuhr, umgab ein Hauch der großen Welt.

Nun ist er wie ein Phönix aus der Asche erstanden. Am 20. Mai startet der „Rheingold 1951“ — mit großer Spannung erwartet nicht nur von Deutschen, sondern fast noch mehr von den Reisenden des Auslandes.

Kein Butterüberschuß in Württemberg-Baden Der Bauernverband Württemberg-Baden betonte in einer Presseerklärung, daß von einem Überangebot an Butter in Württemberg-Baden keine Rede sein könne.

Der Wachstumsstand der Feldfrüchte Die Sachverständigen beurteilen den gegenwärtigen Wachstumsstand der Feldfrüchte in Württemberg-Baden im Durchschnitt um etwa ein Fünftel besser als in Normaljahren.

Konsumgenossenschaften setzen 140 Mill. um Rund 200 Delegierte der 43 Konsumgenossenschaften Württemberg-Badens, Südwürttembergs und Südbadens trafen sich in Schwäbisch Gmünd zum 3. Verbandstag des „Verbandes württemberg-badischer Konsumgenossenschaften e. V.“

Tagung des Textilgroßhandels

Der „Verband des Textil-Großhandels in Württemberg-Baden“ veranstaltete in Heidelberg seine sechste ordentliche Hauptversammlung. Dem Verband, der seinen Sitz in Stuttgart hat, sind 220 Firmen des Textilgroßhandels des Landes angeschlossen.

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Table listing sports results for various clubs and categories, including Amateurliga Staffel 1, 2, and 3, and Kreisliga A Staffel 1.

Ettlinger Jugend. Der Sieg stand nie in Frage und hätte noch deutlicher ausfallen können.

T. u. S. Spinnerrei I - SV Mutschelbach I 4:1

Ein ideales Fußballwetter herrschte am gestrigen Sonntag Nachmittag, an dem sich oben genannte Vereine im letzten Punktspiel gegenüberstanden. Die Gäste erschienen dem Vorspiel gegenüber in einer guten Besetzung und haben auch inzwischen — was die spielerische Seite anbelangt — schöne Fortschritte zu verzeichnen.

HANDBALL

Table listing handball results for Bezirksliga Staffel 1, Kreisliga A, and Qualifikationsspiele.

Schweiz siegt im Turnländerkampf

Nach jahrelanger Unterbrechung trafen in Luzern erstmals wieder deutsche und Schweizer Turner zu einem Länderkampf aufeinander. Die Eidgenossen gewannen diese Begegnung knapp mit 294,30:290,55 Punkten.

Versteigerungspreise für Spargel

Table listing auction prices for asparagus in different regions like Konstanz, Straßburg, and Mannheim.

Wettervorhersage

Am Montag tagsüber noch trocken, vielfach heiter und mäßig warm mit Höchsttemperaturen zwischen 20 und 25 Grad. Vom Abend an und besonders am Dienstag wieder wolkeniger und zeitweise gewittrig.

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf, Ettlingen. Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

ZUMIETEN GESUCHT

Zwei ältere Personen suchen ein leeres Zimmer oder ein Zimmer m. Küche. Angebote unter Nr. 1710 an die EZ

Advertisement for Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, featuring 'Gegen Schnecken' and 'Pecotot Schneckex'.

ZU VERKAUFEN

Kinderbett (70x140) zu verkaufen. Ettlingen, Ferning 41. Zwei fast neue Ebebetten mit Rost, Matratzen und Nachttischen, evtl. auch Kleiderschrank billig zu verkaufen.

Advertisement for Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, advertising products like Naphtalin, Mottenkügel, and Globol Pulver.

Knabenanzug für 10-18 jähr., 2 Paar Kinderschuhe, Größe 30 und 32 zu verkaufen.

Advertisement for ARBEITERWOHLFAHRT Orissausschuß Ettlingen, promoting a film 'Neues Beginnen'.

Advertisement for PETRIN, a product for relieving headaches.

STELLENANGEBOTE

Alleinstehende Frau sucht ab sofort Krankenpflegerin, die im Hause schläft. Schönes Zimmer. Gute Bezahlung zugesichert.

Advertisement for Unkraut-Ex, a weed killer product, associated with Badenia-Drogerie.

Aus dem Gerichtssaal

Lebenslänglich für Allegri

Karlsruhe (Wvb). Der Karlsruher Tanzlehrer Richard Allegri ist vom Schwurgericht Karlsruhe wegen vorsätzlichen Totschlags, versuchten Totschlags und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Allegri hatte im März 1945 in einem Karlsruher Luftschutzkeller seine Frau mit einer Handgranate getötet und seinen Schwiegervater schwer verletzt.

Landgerichtsdirektor Dr. Ernst sagte in der Urteilsbegründung, der Prozeß habe die „ekelhafte Gemeinheit“ des Verurteilten ans Licht gebracht. Entgegen der vom Verteidiger Allegri vertretenen Ansicht stellte Dr. Ernst fest, daß eine Handgranate nach dem Sprengstoffgesetz als Sprengkörper angesehen werden müsse. Allegri habe daher nach diesem Gesetz bestraft werden müssen, das als einzige Strafe lebenslängliches Zuchthaus vorschreibe.

Dr. Ernst charakterisierte den Verurteilten als einen abnorm veranlagten Menschen, der eine Freude daran gehabt habe, seine drei Frauen fortgesetzt zu quälen. Ein solcher Mensch könne niemals lieben. Bei diesen Ausführungen brauste Allegri, der sich sonst ruhig verhielt, auf und schlug mit der Faust auf das Geländer vor der Anklagebank. Die zweite Frau des Verurteilten, die in der ersten Zuhörerreihe saß, nickte während der Urteilsbegründung mehrere Male zustimmend mit dem Kopf. Der Rechtsanwalt Allegri will beim Bundesgerichtshof gegen das Urteil Revision einlegen, um die Auslegung des Sprengstoffgesetzes klären zu lassen.

Aus der badischen Heimat

Rasende Fahrt in den Tod

Mannheim (Wvb). In Mannheim-Käfertal raste ein 23 Jahre alter Motorradfahrer, der die Herrschaft über sein Kraffrad verloren hatte, mit seiner 22 Jahre alten Mitfahrerin in voller Fahrt auf einen amerikanischen Sattelkoffler. Der mit einem Panzer beladene Schlepper überfuhr die beiden Gestürzten und tötete sie auf der Stelle.

Randallierende Soldaten zogen Notbremse

Bruchsal (Wvb). In einem D-Zug geriet zwischen Bruchsal und Mühlacker ein Angehöriger der Besatzungsmacht mit einem deutschen Zugschaffner in Streit. Der Schaffner wollte eine Gruppe amerikanischer Soldaten von der ersten in die zweite Wagenklasse verweisen, weil ihre Fahrtause für lautere. Auf die Drohungen der anscheinend betrunkenen Soldaten mußte sich der Schaffner jedoch wieder zurückziehen. Von einem der Soldaten wurde dann auf offener Strecke die Notbremse gezogen, worauf der Rädelführer ausstieg. Erst nach einer Viertelstunde konnten die Soldaten wieder zum Einsteigen bewegt werden. Bei dem Radau waren vier Fensterscheiben zerschmettert worden. Die Soldaten randallierten in den Gängen des Zuges bis zur Einfahrt in Stuttgart weiter. Hier wurden vier Mann von der bereits alarmierten Militärpolizei festgenommen.

Engländer waren beste Tänzer

Baden-Baden (Wvb). Das englische Meistertanzpaar Stevens/Frl. Skelsey gewann beim internationalen Amateurtanzturnier im Kurhaus in Baden-Baden den „Großen Preis der Nationen“ mit 170 Punkten vor dem Ehepaar Foucard (Frankreich) mit 160 Punkten und dem deutschen Meisterpaar Teipel (Wiesbaden) mit 156 Punkten. Auf dem 4. und 5. Platz folgten Jespersen/Frau Christiansen (Dänemark) und Maier/Frau Kindler (Österreich). Turnierteilnehmer aus Belgien, Holland und der Schweiz sowie die beiden deutschen Paare Ehepaar Dr. Wolff und Sperrler/Frl. Reinhard konnten sich nicht für die Schlußrunden platzieren. Während das deutsche und das österreichische Paar im Wieger-Walzer überlegen waren, spielte sich bei den anderen Tänzen zwischen den Engländern und Franzosen ein erbittertes Ringen um jeden Punkt ab.

Mietstop nicht mehr tragbar

Hausbesitzerverband wird politisch

Karlsruhe (UP). „Wir gehen heute eher zu Remer als zu Dr. Schumacher“, erklärte das Hauptvorstandsmitglied des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer, Direktor Dr. Drescher (Dortmund). Der Führer der parlamentarischen Opposition habe „seine Partei dazu benutzt, den Haus- und Grundbesitz zu bekämpfen“, jedoch dabei vergessen, daß es heute im Bundesgebiet Millionen von Arbeitern gäbe, die selbst ein eigenes Haus besäßen. Drescher sprach auf einer Kundgebung des badischen Haus- und Grundbesitzerverbandes, an der auch zahlreiche Abgeordnete des Bundestages sowie des württemberg-badischen Landtages teilnahmen. In sehr heftigen Angriffen warf er der Bundesregierung vor, sie könne das Vertrauen des Haus- und Grundbesitzers nicht mehr beanspruchen, da ein Minister die geforderte Mieterhöhung mit der Begründung ablehnte, daß dadurch die deutsche Währung gefährdet werde. Der Zentralverband habe deshalb beschlossen, „sich auf politische Ebene zu begeben“. Heftige Angriffe richtete Dr. Drescher auch gegen die Gewerkschaften. So behauptete er, daß sich unter den mehr als 200 Millionen, die laut Mitteilung des DGB seit der Währungsreform zu ihrem Vermögen gekommen sind, „auch Gewerkschaftsfunktionäre befänden“.

Der württemberg-badische Finanzminister Frank appellierte an die Besatzungsmächte,

sie sollten Verständnis für die Situation des deutschen Volkes zeigen und die Besatzungskosten senken. Eine elementare Staatsnotwendigkeit für die Länder und den Bund sei es, ausgeglichene Haushalte zu schaffen.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Werber forderte die Beseitigung des Entrümmernsgesetzes, das er als einen „Vorweglaistenausgleich“ auf Kosten der Hausbesitzer bezeichnete. Werber meinte, ganz gleich, ob Gesamtbaden oder der Südweststaat gebildet würde, dürfe der neue Staat die neu hinzukommenden Landesanteile nicht mit dem Entrümmernsgesetz überraschen. Dr. Werber teilte mit, daß von den 15,7 Millionen DM, die die Gemeinden in Württemberg-Baden als Ersatz für die Entrümmernskosten bekommen haben, 6,8 Millionen DM aus dem Ertrag der Entrümmernsgeldabgabe und der Rest aus staatlichen Haushaltsmitteln stammen.

Der Verbandsvorsitzende, Landrat Weiß, Bruchsal, sagte vor der Presse, der Mietstop, der zur Zeit bei 110 Prozent der Friedensmiete von 1914 liegt, sei mit den Kostensteigerungen auf allen Gebieten des Lebens nicht zu vereinbaren. Die zeitbedingten Mietausfälle wirkten sich katastrophal aus. In Mannheim könnten über 500, in Karlsruhe 300 und in Heidelberg 300 Räumungsurteile nicht vollstreckt werden, weil keine Ersatzwohnungen vorhanden seien.

Binnenschifffahrt für vereinigt Europa

Seebahn fordert Radargeräte für Schiffe

Mannheim (UP/Wvb). Bundespräsident Deuss sagte auf der Haupttagung des Deutschen Binnenschifffahrtstages 1951 in Mannheim vor rund 600 Vertretern der Binnenschifffahrt und des Verkehrs, das ganze „Europa-Gerede“ habe nur dann einen Sinn, wenn man den gesamten Handel und Warenverkehr nicht vergesse. Er müsse hierbei auch an Berlin mit seinen vielen Häfen und an den deutschen Osten erinnern, der mit in diesen Rhythmus gehöre. Ungeheure latente Kräfte könnten dort zur Entfaltung gebracht werden. Der Bundespräsident wünschte der Binnenschifffahrt für die kommende Zeit Stärkung, Sicherung und Auftrieb.

28 Mill. für Mannheimer Hafen

Der württemberg-badische Innenminister Ulrich teilte mit, daß in den sechs Jahren seit dem Zusammenbruch für den Mannheimer Hafen aus Landesmitteln 28 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden seien. Die Häfen Karlsruhe und Heilbronn seien ebenfalls weiter gefördert worden. Außerdem habe das

Land schon vor Jahren eine großzügige Kreditaktion für die Binnenschifffahrt eingeleitet.

Bundesverkehrsminister Seebahn schlug in seiner Rede für die Hafenarbeiter einen 24-Stunden-Dienst vor, um Zeit zu gewinnen. Er forderte die Aufhebung des Verbots der Herstellung von Radar- und anderen Nachrichtengeräten, damit die deutsche Binnenschifffahrt endlich unabhängig von Wetter und Dunkelheit betrieben werden könne.

Der Leiter der Abteilung Binnenschifffahrt im Bundesverkehrsministerium, Ministerialdirektor Seemann, betonte, daß sich der Staat hinsichtlich der kommerziellen Betätigung der Binnenschifffahrt im wesentlichen auf die behördliche Aufsicht über Organisationen und Frachtgestaltung beschränke. Mit der zunehmenden Bedeutung des Verkehrs für die Gesamtwirtschaft hätten sich die Hoheitsaufgaben des Staates nicht mehr auf die schiffahrtspolizeilichen Funktionen beschränken können, der Staat habe auch in Richtung der Erfüllung der Verkehrsaufgaben und der Substanzhaltung der Verkehrsträger tätig sein müssen.

Bundesschulbehörde gefordert

Lehrer verlangen Mitbestimmungsrecht

Stuttgart (Wvb/UP). Die Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände forderte in Stuttgart zum Abschluß des Kongresses der Lehrer und Erzieher das Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht der Lehrer bei der Verwaltung der Schule. Die Vertreter der Lehrerschaft bekamen sich zur Staatsschule und zum Staatsbeamtenstand des Lehrers. Die Gemeindeschule lehnten sie entschieden ab. Auf den verschiedenen Stufen der Schulverwaltung sollen Lehrerbetriebsräte gebildet werden, die die wirtschaftlichen Belange der Lehrer und Lehrerinnen wahrnehmen und damit die gleichen Aufgaben wie die Betriebsräte in der Wirtschaft bekommen sollen. Einer eventuellen Bundesschulbehörde soll ein Bundesschulrat beigegeben werden. Schüler und Eltern sollen an der Selbstverwaltung teilnehmen. An den Berufsschulen

soll den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den Wirtschaftsvereinigungen das Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

In einer Resolution wenden sich die Lehrer gegen Radikalisten und Extremisten jeder Färbung. „Wir werden Lehrer und Erzieher solcher Haltung in unseren Reihen nicht dulden“, heißt es in dieser Entschliessung. Der Kongreß fordert von der Bundesregierung die baldige Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts, damit verfassungswidrigen Verbänden der Mißbrauch der demokratischen Freiheiten unmöglich gemacht werde.

Naturrecht in evangelischer Sicht

Wurm kritisiert Kriegsverbrecherprozesse. Herrenalb (Wd). Etwa 80 Juristen und Theologen diskutierten in der Evangelischen

Akademie Herrenalb über „Das Naturrecht in evangelischer Sicht“. Nach der Eröffnung durch den badischen Landesbischof Bender sprach der Präsident des Bundesgerichts, Dr. Weinkauff, Karlsruhe. Er vertrat den Standpunkt, daß das positive Recht fallen müsse, wenn es in Widerspruch zum Naturrecht gerate.

Der Alt-Landesbischof von Württemberg, D. Wurm, forderte ein „Zusammenstehen der christlichen Kirchen in dem Ringen um die christliche Idee des Naturrechts“ und wandte sich gegen den Vorwurf einzelner katholischer Kreise, daß die evangelische Theologie die Naturrechtslehre nicht anerkenne.

Der Alt-Landesbischof wandte sich gegen zahlreiche Maßnahmen der Alliierten, die dazu geführt hätten, daß die zweifelhafte Idee der christlichen Idee des Naturrechts nicht anerkennbar worden sei. Eine Kritik Wurms an den Kriegsverbrecherprozessen richtete sich unter Anspielung auf die Sowjetunion vor allem gegen die Tatsache, daß der „Komplize des Mörders“ an der Aburteilung der Mordtaten gleichberechtigt beteiligt gewesen sei. Dies sei der „größte Hohn, der dem Rechtsempfinden jemals zugefügt worden ist“. Die Nachkriegsjahre würden in der Rechtsgeschichte der einst keine ruhmreichere Rolle spielen als die Krieg- und Vorkriegsjahre in den totalitären Staaten. D. Wurm hob besonders das Unrecht der Austreibung der Ostdeutschen hervor und fügte hinzu, bei den Regierungen und der Presse der Siegerstaaten habe sich noch nicht die Einsicht durchgesetzt, daß „zwei Unrechte kein Recht geben“.

Gegen schrankenlose Gewerbefreiheit Deutsche Maschinen im Ausland stark gefragt

Stuttgart (Wvb). Auf der Bundestagung des Deutschen Konditorbundes in Stuttgart bezeichnete der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier vor Delegierten des Konditorbundes aus dem Bundesgebiet und aus der Schweiz, Belgien, Holland, Österreich und dem Saarland den Konditorberuf als einen „Pfeiler des deutschen Handwerks“. Dr. Maier sagte, die besondere Sorge der württemberg-badischen Regierung gelte der Wiedereinführung der obligatorischen Meisterprüfung im Handwerk. Er habe die Amerikaner vor, der schrankenlosen Einführung der Gewerbefreiheit gewarnt. Erst in letzter Zeit habe sich in dieser Frage eine günstigere Situation angebahnt.

Der Wiener Kommerzienrat Gestner bedauerte, daß es wegen der internationalen Devisenbestimmungen noch nicht möglich sei, deutsche Konditorrezeptschreiber nach dem Ausland zu exportieren, obwohl vor allem in Österreich große Nachfrage nach solchen Maschinen herrsche.

Kreuz und quer durch Baden

Pforzheim. Eine taubstumme Frau wurde auf der Straße nach Wilm von einem Radfahrer angehalten, der ihr die Handtasche entriß und verschwand. (Wvb)

Pforzheim. Während der vom 1. bis 10. Juni stattfindenden „Pforzheimer Woche“ soll sich die Pforzheimer Bevölkerung besonderer Höflichkeit befleißigen. (Wvb)

Mannheim. Um sich die Gunst ihres um 20 Jahre jüngeren Liebhabers zu sichern, verkuppelte eine 51 Jahre alte Frau ihre 14 Jahre alte Tochter gewaltsam mit diesem Mann. Das Mädchen beging daraufhin einen Selbstmordversuch. Die Mutter wurde zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. (Wvb)

Freiburg. Zwischen dem badischen Unterrichtsministerium, dem Kultusministerium von Württemberg-Hohenzollern und der Bundesbahn wurde vereinbart, der Schuljugend beider Länder mit etwa 35 Schüler-Sonderzügen Gelegenheit zu geben, die landschaftlich und geschichtlich bemerkenswerten Gebiete Süddeutschlands kennenzulernen. (Wvb)

Leidenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei Münchner Romanverlag, München-Pasing

31. Fortsetzung

Marianne Stadler sitzt dem jüngeren Steininger gegenüber und ihre Blicke spielen zu dem Manne hin, der einmal minutenlang in ihrem Bann gelegen. Und dennoch ist der spielerische Blick tiefgründiger, in sich suchender, ruhloser und unglücklicher geworden. Ihr schönes Gesicht ist krankhaft blaß, die roten Lippen lägen einen gemalten Frühling vor. Es muß ihr etwas im Leben begegnet sein, das über ihr und ihrem Willen stand. Marianne hatte vermutet, den Mann ihrer Leidenschaft zu beugen, ihn zu zerbrechen, ihr Muttersein zu verleugnen und darüber hinweg sich das Dasein selbst zu zimmern; sie hat mit Ehre und Liebe gestanden und dabei Ehre und Liebe verspielt. Marianne ist krank, und nichts fürchtet sie so sehr, als Krankheit, Welken und Sterben.

Oft liegt sie nüchtern in dampfem Brüten. Dann tastet sie zum Schalter hin, macht Licht. Sie erröht einfach kein Dunkel mehr. Neben ihr schnarcht der Mann, der einmal um ein heißes Wort von ihr Weib, Kind und Gewissen vergossen konnte.

„Paul“, weckt sie ihn erst leise, und wenn er sie nicht hört, zerrt sie an seinem Arm, „ich kann dein Schnarchen nicht hören. Wach auf, red nur irgend etwas.“

„Laß mich“, gurgelt es schlaftrunken vom anderen Bette her. „Ich weiß nicht, was du die letzte

Zeit hast?“ Dann dreht er sich auf die andere Seite, zieht die Steppdecke fest über sein Ohr und brummt etwas in die Kissen hinein.

Marianne starrt zur Decke hinauf. Schatten und Lichter spielen gespenstige Stiche ins Weiß. Sie dreht wieder das Licht ab, fängt zu zählen an, bis in die Hunderte hinein, aber der Schlaf kommt nicht. Erst beim Morgen grauen findet sie ein wenig Ruhe. Der Tag löscht ihre bösen Nachtgedanken aus.

Nun hätte sich ihr Ziel verwirklicht. Agnes ging fort und sie wäre mit Paul allein. Kein Lebendes und kein Totes stünde mehr zwischen ihnen. Sie weiß nur mehr, daß sie über eine Straße geht, auf der sie immer wieder Dingen begegnet, denen sie nicht ausweichen kann. Wie schön hat es eigentlich Agnes! Sie geht von einem Manne treu behütet in die Zukunft, wird von ihm verehrt, geliebt, wird Freude finden und Freude geben und dabei glücklich sein. Was Glück überhaupt ist? Ob sie es je einmal richtig erkannt, erfühlt hat? Nein! Bei ihr war dieses Glück immer nur eine glührote Wolke, nach der sie gejagt hat, zuletzt sogar über Friedhofsmauern hinweg. Ein Grauen packt sie vor ihrem Leben, das eigentlich kein Leben ist.

Oh, diese zwei Steininger! Da sitzen sie ihr gegenüber, Menschen mit trockener Moral. Marianne haßt sie alle, die hier an der Tafel sitzen mit ihrem zufriedenen, schenkenden Lächeln und ihrem fröhlichen Wort. Und sie haßt den Mann, dem sie durch Name und Unehre vertriebt ist und der sie nicht kennen will.

An der Tafel füllen sich noch immer die Gläser. Eine überlauter Lustigkeit herrscht im Saal, die auf Agnes drückt.

„Geben wir“, bittelt sie ihren Mann. „Das ist doch ein Tag mehr zum inneren Freuen und Nachdenken und nicht zum Uebersättigtsein.“

Die Mittagsglocken der Stadt läuten von den Kirchtürmen. Es ist wie alle Tage, und doch ist es der Agnes, als wäre die Welt eine ganz andere geworden. Die Straßen, die Gassen, die Häuser tragen ein heimwehendes Gesicht. Jeder Stein hat seine Geschichte und jeder Weg sein Geheimnis.

„Morgen um diese Zeit sind wir daheim bei deiner Mutter.“

„Bei unserer Mutter“, verbessert er. „Wir werden dich alle lieb haben, kleine Agnes.“ Er umfaßt ihre schmale Hand und muß über sich selber lächeln, daß er mit seinen fünf Jahrzehnten das Glück vom Baume bricht, wie Kinder nach hellen Blüten greifen. Sie merken gar nicht, wieviel fremde Blicke in ihren Wagen hineinfliegen. Frühling und Herbst!

„Du bist so gut, Ralph, ich werde dich niemals enttäuschen.“ Dann nimmt sie Abschied von ihrem Elternhaus, von ihrer Mädchenkammer, von all dem, was sie einmal arm und reich, hungrig und satt gemacht hat.

Im dämmernden Abend fahren sie in die neue Heimat.

Für Agnes ist das sorglose Zusammenleben mit ihrem Gatten so neu, so schön, daß sie mitten in ihrem süßen Glück auf den Balkon geht, ringsum blickt, als müßte sich aus dem Blüten im Garten eine rauhe Stimme heben, zu ihr hinaufrufen, sie aus dem Dämmerzustand ihres inneren Friedens reißen, ihre Welt enger und kleiner machen. Das macht sie mitunter so still und ernst, als beuge die Ruhe ihres Herzens sich unter einem Zwang

Mutter Steininger sorgt sich fast darüber. Aber Agnes widerlegt lächelnd: „Mutter, ich habe diese große Stille schon lange gesucht. Ich fühle mich so friedvoll wohl darin. Nur um den Vater sorge ich mich, das kann ich nicht leugnen.“

„Und deine Ruhe in dir ist wirklich eine ausgeglichene Agnes? Du hast keine Sehnsucht, bist wunschlos glücklich?“ Die alte Frau hat ihre Gedanken.

„Du meinst, weil mir Ralph kein Kind geben wird?“ Die junge Frau schweigt das Heimweh danach nieder. Sie begreift zu gut, daß der kühle, einsamkeitwandernde Mann mit dem riegelsten Leben und dem wachsamem Schritt sie auf einen Steilsteg geführt, den ein Kinderfuß nie berühren könnte. Sie weiß auch, daß seine Liebe mehr ein Ausschauen nach Sternstunden mit ihr als ein Erleben ist. Wie oft lächelt er über den Einfall, Vater zu sein! Er, der Fünfzigjährige, der Mensch, der mit seinem Geist immer das Vorwärts sucht, er soll Brot sein, von dem das kelmende Leben einst satt wird? Eltern dürfen nicht halbe Greise sein, wenn sie anderen die Welt öffnen, das war seine stete Meinung. Er würde nur Menschen schaffen mit durchsichtigen Gefühlen, die den Vorausgeschrittenen niemals verstehen würden. Nebel würden diese Kinder durch ihre Kindheit schleppen.

Der alternde Mann fühlt sich ja neben seiner jungen Frau so glücklich! Sie gehört in seinen Abend hinein, er fühlt ihr Blühen um sich und wird selbst daran stark und froh.

Die einzig knechtende Gewalt, die sich über ihr Glück legt, ist ihr Vater. Seine Briefe sind Sturm. Selbst seine Unterschrift ist oft nur ein verschönerndes Menschenschicksal.

Und lösen kann es einer nur: er selbst.

(Fortsetzung folgt)